14. Ein Standesbeamter ist nach §. 69 des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (R.G.Bl. S. 23) strafbar, wenn er unter vorsätzlicher oder fahrlässiger Außerachtlassung der Vorschriften, welche die Ehe der Militärpersonen von einer Erlaubnis abhängig machen, die Eheschließung einer Militärperson vollzieht.

Vereinigte Strafsenate. Beschl. v. 13. November 1886.¹

Gründe:

Das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (R.G.Bl. S. 23) bestimmt:

¹ In der Strafsache gegen P., Rep. 1834/86, welche zu dem obigen Beschlusse Anlaß gegeben, hatte der erste Richter, das Landgericht zu Danzig, den Sachverhalt dahin festgestellt: Der Angeklagte hat, als am 20. August 1885 der

§. 38. Die Vorschriften, welche die Ehe der Militärpersonen, der Landesbeamten und der Ausländer von einer Erlaubnis abhängig machen, werden nicht berührt. Auf die Rechtsgültigkeit der geschlossenen Ehe ist der Mangel dieser Erlaubnis ohne Einfluß.

Ein gleiches gilt von den Vorschriften, welche vor der Eheschließung eine Nachweisung, Auseinandersetzung oder Sicherstellung des Vermögens erfordern.

§. 69. Ein Standesbeamter, welcher unter Außerachtlassung der in diesem Gesetze gegebenen Vorschriften eine Eheschließung vollzieht, wird mit Geldstrafe bis zu 600 *M* bestraft.

Es fragt sich, ob der §. 69 unter den „in diesem Gesetze gegebenen Vorschriften“ auch die in §. 38 bezeichneten Vorschriften des Reichs- und Landesrechtes versteht.

Das Urteil des Reichsgerichtes vom 24. Juni 1882, Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 7 S. 8 flg., hat diese Frage für den damals vorliegenden Fall der Vollziehung der Eheschließung eines Landesbeamten ohne den nach dem Landesrechte erforderlichen landesherrlichen Konsens verneint, jedoch auf Grund einer

Fleischergeselle R. G. M. und die unberehelichte Fr. bei ihm als Standesbeamten behufs ihrer Verheiratung das gesetzliche Aufgebot nachsuchten, bei der von M. auf die Frage nach dessen Militärverhältnissen abgegebenen Erklärung, er sei als überzählig zurückgestellt worden, sich beruhigt, das Aufgebot veranlaßt und demnächst am 7. September 1885 die Eheschließung beider vollzogen. In Wahrheit war M. aber nicht als überzählig zurückgestellt, sondern als Ersatzrekrut und vorweg Einzustellender ausgedient und nur bis auf weiteres in seine Heimat beurlaubt worden. Er bedurfte deshalb nach §. 60 Ziff. 4 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 (R.G.Bl. S. 45) zur Verheiratung der Genehmigung der Militärbehörde. Er hatte die Erteilung bei dem Bezirkskommando zu N. auch nachgesucht; sie war ihm aber verweigert worden.

Der erste Richter erachtete ein pflichtwidriges Handeln des Angeklagten als Standesbeamten insofern für vorliegend, als derselbe verpflichtet gewesen wäre, nicht auf die unbewiesene Angabe des M. hin zur Eheschließung zu schreiten, vielmehr sich in glaubhafter Weise die Überzeugung davon zu verschaffen, daß Bedenken gegen die vorzunehmende Eheschließung nicht bestehen.

Der erste Richter gelangte aber zur Freisprechung des Angeklagten, indem er, seine Übereinstimmung mit den Ausführungen des reichsgerichtlichen Urteiles vom 24. Juni 1882 (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 7 S. 8 flg.) erklärend, annahm, daß die Strafvorschrift des §. 69 des Personenstandsgesetzes vom 6. Februar 1875 sich auf die in §. 38 daselbst bezeichneten Vorschriften nicht beziehe.

Auslegung der §§. 38, 69 a. a. D., welche die Verneinung mit sich bringt auch für den Fall der Vollziehung der Eheschließung einer Militärperson ohne die nach dem Reichsrechte erforderliche dienstliche Genehmigung (vgl. Militärstrafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 20. Juni 1872 — R.G.Bl. S. 174 — §. 150; Reichsmilitärgefes vom 2. Mai 1874 — R.G.Bl. S. 45 — §§. 40, 60 Ziff. 4). Es ist in dem Urteile vom 24. Juni 1882 angenommen, daß, weil die Vorschriften, welche die Ehe der Landesbeamten von einer Erlaubnis abhängig machen, durch das Gefes vom 6. Februar 1875 „nicht berührt werden“, sie auch nicht „in diesem Gefese gegebene Vorschriften“ seien.

In dem durch §. 137 G.B.G.'s in der Fassung des Gefeses vom 17. März 1886 (R.G.Bl. S. 61) vorgeschriebenen Verfahren haben die vereinigten Strafsenate des Reichsgerichtes in der Sitzung vom 13. November 1886 die vorgedachte Auslegung für zutreffend nicht erachtet, vielmehr den, dem neuerlich zur Entscheidung vorliegenden Falle entsprechend formulierten, oben angegebenen Rechtsfaz beschloffen.

Der Bundesrat hat dem von den Abgeordneten Dr. Hirschius und Dr. Böck eingebrachten, von dem Reichstage in der Sitzung vom 28. März 1874 angenommenen Gefesentwurf über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung wesentlich deshalb, weil er eine gleichzeitige reichsgefesliche Regelung des materiellen Eheschließungsrechtes für notwendig erachtete, seine Zustimmung nicht erteilt und seinerseits den Entwurf zu dem späteren Gefese vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung aufgestellt. In den Motiven zu diesem Entwurfe, vgl. Druckfachen des Reichstages II. Session 1874 Nr. 153, ist zur allgemeinen Begründung (S. 21) erklärt:

... Ein bloß stückweises Eingreifen in das bestehende Recht würde bei dieser Lage der Sache nicht zum Ziele führen; es mußte vielmehr als unerläßlich erkannt werden, in dem Reichsgefese einen vollständigen Ersatz für das bisherige Eheschließungsrecht zu schaffen, und das letztere, soweit es nicht in einzelnen Bestimmungen ausdrücklich aufrechterhalten wird, außer Geltung zu setzen.

Speziell zu §. 37 des Entwurfes (§. 38 des Gefeses) wird in den Motiven (S. 33, 34) erklärt:

§. 37 beläßt es rücksichtlich der Militärpersonen bei der Bestimmung . . . des Reichsmilitärgefetzes vom 2. Mai 1874 und rücksichtlich der Landesbeamten bei den landesgesetzlichen Vorschriften, welche eine Genehmigung der Vorgesetzten zur Verheiratung verlangen. Letztere Vorschriften hängen in einzelnen Bundesstaaten . . . so sehr mit dem gesamten Dienstverhältnisse jener Beamten zusammen, daß sie . . . nicht aufgehoben werden konnten.

Ebenso hatte der Entwurf die . . . Vorschriften über die von Ausländern heizubringende obrigkeitliche Erlaubnis zur Eheschließung unberührt zu lassen.

. . . Hier (bei den Vorschriften, welche vor der Eheschließung eine Nachweisung, Auseinandersetzung oder Sicherstellung des Vermögens erfordern) greifen so sehr die Güterrechtsverhältnisse des einzelnen Landesteiles ein, daß sich ohne gleichmäßige Umgestaltung dieser Grundlage eine gemeinsame Bestimmung über das zur Eheschließung Erforderliche nicht treffen läßt und daher nur übrig blieb, die einschlagenden Bestimmungen der Landesrechte aufrecht zu erhalten.

Die negative Ausdrucksweise des §. 38 Abs. 1 Satz 1:

„Die Vorschriften, welche . . ., werden nicht berührt“

berechtigt hiernach nicht, demselben einen anderen Sinn heizulegen, als denjenigen, daß die Vorschriften des Reichs- und Landesrechtes, welche die Ehe der Militärpersonen, der Landesbeamten und der Ausländer von einer Erlaubnis abhängig machen, aufrechterhalten werden. Es ist damit dasselbe gesagt, was für einen speziellen Fall der §. 29 Abs. 5 a. a. D. durch die Worte ausdrückt:

Inwiefern die Wirksamkeit einer Vormundschaftsbehörde oder eines Familienrates stattfindet, bestimmt sich nach Landesrecht —, und was die Motive (S. 27) durch die Worte begründen:

Wo . . . die Mitwirkung eines Vormundschaftsrichters erfordert wird, oder wo der Familienrat die Einwilligung erteilt, hat es hierbei sein Bewenden.

Für die Frage, ob die in §. 38 a. a. D. bezeichneten Vorschriften in dem Gesetze vom 6. Februar 1875 gegebene Vorschriften sind, kommt nicht sowohl die Wortfassung des §. 38, als vielmehr der Zweck des Gesetzes, die Stellung des §. 38 in demselben und sein Verhältnis zu dessen sonstigen Vorschriften in Betracht. Nachdem in Abschnitt 3 unter der Überschrift „Erfordernisse der Eheschließung“ (§§. 28 flg.) die

fortan geltenden Ehehindernisse aufgeführt worden, ist dem mehrgedachten §. 38 die Bestimmung angeschlossen:

§. 39. Alle Vorschriften, welche das Recht zur Eheschließung weiter beschränken, als es durch dieses Gesetz geschieht, werden aufgehoben.

Damit werden, entsprechend der Absicht des Gesetzes, auch das materielle Eheschließungsrecht reichsgesetzlich zu umgrenzen und, soweit möglich, zu kodifizieren, insbesondere die in §. 38 bezeichneten Vorschriften, welche die Ehe der Militärpersonen, der Landesbeamten und der Ausländer von einer Erlaubnis abhängig machen, als durch dieses Gesetz geschene Beschränkungen des Rechtes zur Eheschließung, als fortan in dem bisherigen Geltungsumfange zu beachtende Ehehindernisse anerkannt — freilich (vermöge des im Reichstage angeregten für die Ehe der Militärpersonen übrigens nach §. 150 Abs. 2 des Militärstrafgesetzbuches vom 20. Juni 1872 bereits geltend gewesenen Zusages: „Auf die Rechtsgültigkeit der geschlossenen Ehe ist der Mangel dieser Erlaubnis ohne Einfluß“) durchweg fortan nur als sog. aufschiebende Ehehindernisse. Daß die in §. 38 des Gesetzes bezeichneten Vorschriften, soweit sie nicht reichsgesetzliche waren, durch ihre Aufrechterhaltung reichsgesetzliche nicht wurden, ist selbstverständlich. Dieselben haben aber ihren Fortbestand durch die ausdrückliche Anordnung des Reichsgesetzes, daß sie weiter geltend bleiben sollen; ohne diese Anordnung wären dieselben kraft der derogatorischen Klausel des §. 39, welche die Motive (zu §. 38 des Entwurfes, S. 34) für eine der wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes erklären, hinfällig geworden. Das Gesetz erklärt in §. 39, daß es außerhalb seiner Vorschriften keine Ehehindernisse gelten lassen will, und „gibt“ in den §§. 28—38 die Vorschriften über die fortan, sei es allgemein, sei es nur örtlich begrenzt, geltenden Ehehindernisse. Ob dies durch eigenes Definieren oder durch Bezugnahme auf bestehende Satzungen geschieht, ist von dem Standpunkte des Gesetzes aus gleichgültig, und nur aus einer gewissen Notlage den mannigfaltigen historischen Rechtsbildungen gegenüber ist solches Bezugnehmen der Erklärung in den Motiven zufolge hervorgegangen. Dies ändert an der Thatsache nichts, daß — unbeschadet der durch Art. 4 der Verfassungsurkunde für das Deutsche Reich vom 16. April 1871 (B.G.B. S. 63) anerkannten Sonderrechte Bayerns — das Gesetz vom 6. Februar 1875 in den §§. 28—38 das

materielle Eheschließungsrecht für das Reich umfassend geregelt und die in letzterem zu beachtenden Erfordernisse der Eheschließung aufgestellt hat.

In dem Abschn. 4 des Gesetzes „Form und Beurkundung der Eheschließung“ ist, nachdem darin durch §. 44 angeordnet worden, daß der Eheschließung ein Aufgebot vorhergehen soll, weiter bestimmt:

§. 45. Vor Anordnung des Aufgebotes sind dem Standesbeamten (§. 44) die zur Eheschließung gesetzlich notwendigen Erfordernisse als vorhanden nachzuweisen.

Insbesondere haben die Verlobten in beglaubigter Form beizubringen:

1. ihre Geburtsurkunden,
2. die zustimmende Erklärung derjenigen, deren Einwilligung nach dem Gesetze erforderlich ist.

§. 48. Kommen Ehehindernisse zur Kenntnis des Standesbeamten, so hat er die Eheschließung abzulehnen.

Durch diese wörtlich den §§. 28. 31 des preussischen Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung vom 9. März 1874 (G. E. S. 95), welches die Ehehindernisse überhaupt nicht berührte, entnommenen Bestimmungen ist dem Standesbeamten, wie die dessen Thätigkeit regelnden Schlußsätze des §. 45 außer Zweifel stellen, die Vorschrift gegeben, vor Anordnung des Aufgebotes die trennenden wie die aufschiebenden Ehehindernisse zu erforschen und im Falle des Vorhandenseins eines solchen, auch dann, wenn nach Anordnung des Aufgebotes dasselbe ihm zur Kenntnis kommt, die Eheschließung abzulehnen. Es bedarf hier keiner Erörterung, ob der zweite Satz des §. 45, welcher unter Ziff. 2 als beizubringen bezeichnet „die zustimmende Erklärung derjenigen, deren Einwilligung nach dem Gesetze erforderlich ist“, eine Hinverweisung enthält auf den §. 38 a. a. O., in welchem von einer „Erlaubnis“ die Rede ist. Auch wenn man diese Frage verneinen müßte, würde wesentliches daraus sich nicht ergeben; denn der zweite, sich durch das Wort: „Insbesondere“ einführende Satz des §. 45 a. a. O. enthält nur eine Anwendung und nähere Ausführung des ersten Satzes des §. 45, welcher den Standesbeamten anweist, sich vor Anordnung des Aufgebotes die zur Eheschließung gesetzlich notwendigen Erfordernisse als vorhanden nachweisen zu lassen, und ein gesetzlich notwendiges Erfordernis

zur Eheschließung ist auch die Erlaubnis, von welcher in §. 38 Abs. 1 die Rede ist. Die Vorschrift des §. 48, welche allgemein von Ehehindernissen spricht, ohne zu unterscheiden, ob dieselben aus diesem oder jenem Paragraphen des Gesetzes hervorgehen, giebt einen Belag dafür, daß auch der §. 45 den Standesbeamten zur Beachtung der aus den in §. 38 angezogenen Vorschriften sich ergebenden, allerdings durchweg nur aufschiebenden Ehehindernisse anweist. Andererseits erbringt der §. 48 nichts, was bei richtigem Verständnisse des §. 45 nicht schon aus dem letzteren zu entnehmen wäre; denn wenn der Standesbeamte durch §. 45 angewiesen ist, vor Anordnung des Aufgebotes die Ehehindernisse zu erforschen, weil er die Vollziehung einer ungesetzmäßigen Eheschließung vermeiden soll, und damit er sie vermeide, so entspricht es richtiger Gesetzesauslegung, das Verbot der Vollziehung einer solchen Eheschließung auch dann und gerade dann als für ihn fortbestehend anzunehmen, wenn er nach dem Aufgebote und vielleicht durch dasselbe ein Ehehindernis in Erfahrung gebracht hat.

In den Motiven (zu §. 68 des Entwurfes S. 36) wird die Vorschrift in §. 69 kurz damit begründet, daß zur Verhütung ungesetzmäßiger Eheschließungen Pflichtwidrigkeiten der Standesbeamten begegnet werden solle. Es ist hiernach darin nicht unterschieden, ob die Eheschließung ungesetzmäßig sein würde wegen Verletzung einer der Vorschriften §§. 28—37 oder wegen Verletzung einer der in §. 38 aufrechterhaltenen Vorschriften, ob also das nicht beachtete Ehehindernis in dem Gesetze vom 6. Februar 1875 selbst definiert oder durch Bezugnahme auf eine Vorschrift des sonstigen Reichs- oder des Landesrechtes aufgestellt ist. Auch das Gesetz — der mit §. 68 des Entwurfes wörtlich übereinstimmende §. 69 — bringt eine solche Unterscheidung nicht zum Ausdrucke. Bereits in den Urteilen des Reichsgerichtes vom 14. Juni 1881 und vom 20. Januar 1882,

Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 4 S. 255 flg., bezw. Bd. 5 S. 340 flg.,

ist in Übereinstimmung mit dem Urteile des früheren preussischen Obertribunales vom 3. April 1879,

Entsch. desselben Bd. 83 S. 341 flg. und Oppenhoff, Rechtsprechung Bd. 20 S. 183 flg.,

ausgesprochen, daß im Geltungsbereiche des preussischen Allgemeinen Landrechtes der Standesbeamte, welcher eine Eheschließung ohne die

dort erforderliche Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes vollzieht, sich nach Maßgabe des §. 69 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 strafbar macht. Bei der oben dargelegten Gleichwertigkeit der in §. 29 Abs. 5 und der in §. 38 Abs. 1 gebrauchten Worte muß eine Verletzung des Landesbeamten gegen eine der Bestimmungen des §. 38 Abs. 1 oder gegen die Bestimmung des §. 29 Abs. 5 notwendig gleicher Beurteilung unterfallen. Die Vorschrift des §. 69 hat auf die Abschnitte 3 und 4 des Gesetzes und jeden der §§. 28—38 des Abschn. 3 gleichmäßig Beziehung. Es kann nicht anerkannt werden, daß durch die Worte des §. 69: „der in diesem Gesetze gegebenen Vorschriften“ die Vorschriften der §§. 28—37 und die in §. 38 bezeichneten Vorschriften in einen Gegensatz zu einander gestellt sind. Die Annahme eines solchen Gegensatzes findet in den Motiven und in der weiteren Entstehungsgeschichte des Gesetzes, in dessen Worten und in den ihm zu Grunde liegenden Gedanken keine Stütze. Will man nicht annehmen, daß die in §. 38 bezeichneten Vorschriften (und folgerichtig die Vorschrift des §. 29 Abs. 5) für die Landesbeamten unbeachtlich sind, so sind sie ihnen auch durch das Gesetz vom 6. Februar 1875 als zu beachtende gegeben; und daß dahin die Absicht des Gesetzes geht, ist trotz der negativen Fassung des §. 38 Abs. 1 durch die §§. 39. 45. 48 unzweideutig zum Ausdruck gelangt. Es ist eine notwendige, daher sicherlich gewollte Folge der reichsgesetzlichen Regelung des materiellen Eheschließungsrechtes und der dabei für angezeigt erachteten Aufstellung der Strafvorschrift des §. 69, daß auch die reichsgesetzlichen Vorschriften, welche die Ehe der Militärpersonen von einer Erlaubnis abhängig machen, und die gleichartigen, auf die Landesbeamten und die Ausländer bezüglichen, Vorschriften der Landesrechte, selbst wenn nach diesen die Verletzung bisher straflos war oder nur Disziplinarbestrafung nach sich zog, den Strafschutz des §. 69 erhielten, sofern der Thatbestand dieses Paragraphen gegeben ist, und daß die einschlägigen, die Landesbeamten betreffenden landesgesetzlichen Strafvorschriften aufgehoben und durch den §. 69 ersetzt sind. Der §. 38 Abs. 1 erhält nur die Vorschriften aufrecht, welche die Ehe der Militärpersonen, der Landesbeamten und der Ausländer von einer Erlaubnis abhängig machen; die Verletzung auch dieser Vorschriften wird durch §. 69 strafrechtlich geregelt. Es kann mit Grund nicht eingewendet werden, daß, soweit es sich um Vorschriften der Landesgesetze handelt, der Reichsgesetzgebung

Anlaß zur Aufstellung einer Strafvorschrift fehle. Das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 erkennt an, daß den in §. 38 bezeichneten Vorschriften der Landesgesetze wichtige, des Schutzes bedürftige Interessen zu Grunde liegen, hat deshalb angesichts der Unmöglichkeit, einen einheitlichen Ersatz zu schaffen, diese Vorschriften aufrechterhalten und die aus ihnen sich ergebenden Ehehindernisse in die von ihm aufgestellte abschließende Reihe der künftig zu beachtenden Ehehindernisse aufgenommen; es hat auch die gedachten Vorschriften der Landesgesetze den — Reichsrecht bildenden, Interessen des Reiches wahren Vorschriften über die zur Ehe der Militärpersonen erforderliche Erlaubnis in §. 38 an die Seite und gleich gesetzt.

Bei der zweiten Beratung des demnächstigen Gesetzes vom 6. Februar 1875 im Reichstage (Sitzung vom 18. Januar 1875) ist zwar der Antrag auf Streichung des §. 69 (§. 68 des Entwurfes) gestellt und damit begründet, daß es eine Härte enthalte, eine Handlung des Standesbeamten, der nicht eine böse Absicht, sondern ein einfaches Versehen, eine Nachlässigkeit zu Grunde liege, kriminell zu bestrafen, und daß die in Aussicht genommene Ordnungsstrafe (bis zu einhundert Mark) ausreiche. Der Antrag ist jedoch im Reichstage abgelehnt, nachdem entgegnet war, daß bei Vollziehung der Eheschließung von dem Standesbeamten eine besondere Diligenz gefordert und Pflichtwidrigkeiten mit Strenge entgegengetreten werden müsse. Gegen die Auffassung, daß der §. 69 des Gesetzes unter den in diesem Gesetze gegebenen Vorschriften auch die in §. 38 daselbst bezeichneten Vorschriften (und die Vorschrift des §. 29 Abs. 5) begreift, ist im Reichstage ein Widerspruch nicht hervorgetreten. Die „Außerachtlassung“ setzt allerdings ein subjektives Verschulden, daher, wie auch das angezogene Urteil vom 14. Juni 1881,

Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 4 S. 258, annimmt, ein vorsätzliches oder doch fahrlässiges Nichtbeachten voraus. Zwischen diesen beiden Schuldformen macht der §. 69 aber für den Thatbestand des darin bezeichneten Vergehens ebensowenig einen Unterschied, als dort zwischen den auf die Vollziehung einer Eheschließung bezüglichen Vorschriften des Gesetzes vom 6. Februar 1875 unterschieden wird.